

Stadtrat Bern, 3. März 2011, Beat Gubser EDU, gubser.info/stadtrat

Traktandum 4

Abstimmungsbotschaft: Initiative „Familienfreundliches Bern: Für Kindertagesstätten ohne Wartelisten (KITA-Initiative und Gegenvorschlag Stadtrat)

2 x Nein zu Kita Initiative und Gegenvorschlag

Die heutige Familienpolitik in der Stadt Bern ist einseitig und ungerecht. Familienexterne Kinderbetreuung wird gefördert. Eltern, welche ihre Kinder selber betreuen, gehen leer aus. Daran wird weder die Kita-Initiative noch der Gegenvorschlag des Stadtrats etwas ändern. Es ist grundsätzlich falsch und höchst ungerecht wenn der Staat lediglich einseitige Anreize für familienexterne Kinderbetreuung setzt. Er muss in gleichem Mass auch familieninterne Kinderbetreuung unterstützen. Nur so besteht für die Eltern echte Wahlfreiheit. Die Eltern sollen selber entscheiden können, ohne oder mit weniger finanziellem Druck, ob sie ihre Kinder selber betreuen oder durch Dritte extern betreuen lassen wollen, ohne dabei benachteiligt zu werden. Immerhin wird nach wie vor eine Mehrheit der Kleinkinder durch ihre Eltern betreut. Und diese Mehrheit wird in der Stadt Bern systematisch benachteiligt.

Neben dem Argument der Gerechtigkeit gibt es noch ein zweites Argument, welches gegen die zwei genannten Vorlagen spricht, der Rechtsanspruch. Ob es ein wenig mehr oder weniger Rechtsanspruch ist, spielt dabei, ausser finanziell, keine so grosse Rolle. Die EDU ist nicht gegen familienexterne Kinderbetreuung. Wenn man allerdings grundsätzlich das Recht verlangt, sein Kind durch den Staat betreuen lassen zu können, dann schiebt man einen wesentlichen Teil seiner elterlichen Verantwortung ab und überschreitet eine Grenze. Aus christlicher Sicht ist deshalb ein Rechtsanspruch auf einen Kita Platz fragwürdig, er entspricht eher dem sozialistischen Modell.

Darum sagt die EDU 2 x Nein zu Kita Initiative und Gegenvorschlag. Wir stellen uns in Zukunft ein System vor, in welchem alle Eltern einkommensabhängige Betreuungsgutscheine erhalten. Wer seine Kinder selber betreut, soll diese in Geld umtauschen können (siehe Gegenvorschlag EDU).